Stadt Oberhausen	**12.11.2012 15:00 Uhr**	**Haupt- und Finanzausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
25. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses Großer Sitzungssaal, Rathaus Oberhausen		

Anwesende

Herr Oberbürgermeister Wehling, Klaus	Vorsitzender
Frau Bürgermeisterin Albrecht-Mainz, Elia	
Herr Nagels, Hans-Jürgen	für Herrn BM Broß, Klaus Dieter

Herr Große Brömer, Wolfgang
Frau Brands, Beatriks
Herr Emmerich, Karl-Heinz
Frau Janßen, Anne
Herr Janßen, Dieter
Frau Jäntsch, Angelika
Herr Pflugbeil, Karl-Heinz
Herr Vöpel, Dirk

Herr Schranz, Daniel
Herr Benter, Christian
Herr Gäng, Thomas
Frau Müthing, Christa
Herr Nakot, Werner

Frau Wittmann, Regina
Herr Plém, Peter

Herr Karacelik, Yusuf

Herr Runkler, Hans-Otto

Herr Paasch, Dirk [beratendes Mitglied]

Verwaltung

Herr Dezernent Schmidt, Jürgen
Herr Beig. Tsalastras, Apostolos
Herr Beig. Motschull, Frank
Herr Beig. Frind, Reinhard
Frau Beig. Lauxen, Sabine
Herr Beig. Klunk, Peter

Stadt Oberhausen	12.11.2012 15:00 Uhr	Haupt- und Finanzausschuss
	Wahlzeit 2009/2014	Niederschrift
25. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses Großer Sitzungssaal, Rathaus Oberhausen		

Frau Kocks, Sandra		Dezernat 1
Frau Costecki, Britta		Gleichstellungsbeauftragte
Herr Willeke, Thomas		Bereich 9-5
Herr Pfitzner, Michael		Bereich 9-5
Frau Mels, Liesel		Bereich 4-1
Herr Nößler, Bodo		Fachbereich 4-1-10
Herr Berger, Martin		Bereich 9-7
Herr Katernberg, Ralf		Bereich 1-1
Frau Stöhr, Andrea		Fachbereich 1-1-10
Herr Tingler, Wolfgang		Bereich 6-1
Herr Hußmann, Klaus		Bereich 1-3
Herr Dr. Dellwig, Magnus	als Schriftführer	Fachbereich 0-1-20

außerdem

Herr Fritsche, Hannes	Fraktionsgeschäftsführer	CDU-Fraktion
Herr Röpell, Armin	Fraktionsgeschäftsführer	Fraktion DIE GRÜNEN
Herr Driever, David	Fraktionsgeschäftsführer	Linke.Liste-Fraktion
Frau Boos, Regina	Fraktionsgeschäftsführerin	FPD-Fraktion
Herr Schuler, Immanuel		FDP-Fraktion
Herr Giraz, Yusuf		Integrationsrat
Vertreter/-innen der Medien		

Stadt Oberhausen	**12.11.2012 15:00 Uhr**	**Haupt- und Finanzausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
25. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses Großer Sitzungssaal, Rathaus Oberhausen		

Formelle Feststellungen und Hinweise durch OB Wehling

- **OB Wehling** eröffnet die 25. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüßt alle sehr herzlich, darunter den Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Giraz sowie die Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Medien.

- OB Wehling stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

- Die Einladung zur heutigen Sitzung ist form- und fristgerecht am 02.11.2012 versandt worden.

- Vorab erhalten haben die Stadtverordneten für den gesamten Beratungsgang die Drucksache Nr. B/15/2341-01 zu TOP I/3.9 (Fortschreibung Brandschutzbedarfsplan).

- Nachgereicht wurden am 6. November folgende Drucksachen:

  TOP I/2.8 Beteiligungsbericht 2011
  Drucksache Nr. M/15/2380-01

  TOP I/3.4 Energieversorgung Oberhausen AG (evo AG) / Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM)
  hier: Beteiligung an der Energiegenossenschaft Handwerk Oberhausen eG
  Drucksache Nr. B/15/2376-01

  TOP I/3.6 OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
  hier: Anpassung des Zuschusses für das Schul- und Vereinsschwimmen gemäß dem Vertrag über die Leistungen der OGM im Bäderwesen
  Drucksache Nr. B/15/2382-01

  Am 7. November wurde für den nichtöffentlichen Teil die Vorlage zum
  TOP II/1.2 Beteiligungsmanagement
  hier: Statusbericht
  Drucksache Nr. M/15/2381-01
  nachgereicht.

- Zum TOP Berichte aus den Dezernaten (mündlich) wird wie folgt im öffentlichen Teil berichtet:

  Rückforderung von Fördermitteln zur Baureifmachung und Erschließung des SWO-Geländes - Klage der NRW-Bank gegen die Stadt Oberhausen - durch Dezernat 2.

- Zum TOP Sachstand Stadtentwicklungsprojekte liegen keine Berichte vor.

- OB Wehling stellt fest: Einwendungen gegen die im genannten Umfang geänderte Tagesordnung werden nicht erhoben.

Stadt Oberhausen	**12.11.2012 15:00 Uhr**	**Haupt- und Finanzausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
25. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses Großer Sitzungssaal, Rathaus Oberhausen		

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1 Bestimmung des Ausschussmitgliedes für die Berichterstattung im Rat

2 Berichte der Verwaltung

2.1 Berichte aus den Dezernaten (mündlich)

2.1.1 Rückforderung von Fördermitteln zur Baureifmachung und Erschließung des SWO-Geländes
- Klage der NRW-Bank gegen die Stadt Oberhausen -

2.2 Sachstand Stadtentwicklungsprojekte

2.3 Personal- und Organisationsbericht 3. Quartal 2012
Vorlage: M/15/2331-01

2.4 Haushaltssanierungsplan 2012 (Kulturförderabgabe, Straßenreinigungsgebühren, Hundesteuer, Vergnügungssteuer - Besteuerung der Prostitution -)
Vorlage: M/15/2350-01

2.5 2. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gem. § 83 (2) Satz 1 GO NRW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2012
Vorlage: M/15/2374-01

2.6 Einführung eines Zentralen Vertragsmanagements
Hier: Sachstand zur Umsetzung der Einführung eines Vertragsmanagements
Vorlage: M/15/2370-01

2.7 Produktbereich 15 Wirtschaft und Tourismus
hier: Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
Vorlage: M/15/2326-01

2.8 Beteiligungsbericht 2011
Vorlage: M/15/2380-01

3 Vorberatungen

3.1 Übertragung von Ratssitzungen ins Internet einschließlich Einsatz eines Gebärdendolmetschers / einer Gebärdendolmetscherin
Vorlage: B/15/2372-01

3.2 Haushaltssanierungsplan für die Haushaltsjahre 2012 ff.
Vorlage: B/15/2364-01

3.3 Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 16 - Allgemeine Finanzwirtschaft -
Vorlage: B/15/2343-01

3.4 Energieversorgung Oberhausen AG (evo AG)/Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM)
hier: Beteiligung an der Energiegenossenschaft Handwerk Oberhausen eG
Vorlage: B/15/2376-01

3.5 BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH (BFO)
a) tlw. Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 19.03.2012, Drucks.-Nr. B/15/1851-01
b) Entscheidung über die Zukunft der BFO gGmbH
Vorlage: B/15/2349-01

3.6 OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
hier: Anpassung des Zuschusses für das Schul- und Vereinsschwimmen gemäß des Vertrages über die Leistungen der OGM im Bäderwesen
Vorlage: B/15/2382-01

3.7 Beschluss der Rahmenbestimmungen der Stadt Oberhausen zur Nutzung von Räumen im Informationszentrum Gedenkhalle der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/15/2290-01

3.8 2. Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Ludwig Galerie Schloss Oberhausen vom 02.03.2006
Vorlage: B/15/2278-02

3.9 Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes für die Stadt Oberhausen aufgrund des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung von 10.02.1998, zuletzt geändert am 11.12.2007 (FSHG NRW) sowie Kenntnisnahme des Entwurfs des Rettungsdienstbedarfsplanes
Vorlage: B/15/2341-01

3.10 Nutzungs- und Entgeltordnung für die Sportanlagen der Stadt Oberhausen (Maßnahmeliste zum Haushaltsanierungsplan 2012 ff., lfd. Nr. 117)
Vorlage: B/15/2339-01

3.11 Änderung der Abfallsatzung der Stadt Oberhausen vom 15.12.2010
Vorlage: B/15/2348-01

Stadt Oberhausen	**12.11.2012 15:00 Uhr**	**Haupt- und Finanzausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
25. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses Großer Sitzungssaal, Rathaus Oberhausen		

1. Bestimmung des Ausschussmitgliedes für die Berichterstattung im Rat

Für die Berichterstattung im Rat wird Frau Stadtv. Müthing bestimmt.

2. Berichte der Verwaltung

2.1. Berichte aus den Dezernaten (mündlich)

2.1.1. Rückforderung von Fördermitteln zur Baureifmachung und Erschließung des SWO-Geländes - Klage der NRW-Bank gegen die Stadt Oberhausen -

Beig. Motschull berichtet, dass die NRW-Bank vor dem Landgericht Duisburg Klage gegen die Stadt Oberhausen - aus dem Bürgschaftsanspruch gemäß Patronatsvereinbarung - und die OVP (O.Vision Projektgesellschaft mbH) auf Rückzahlung eines Teilbetrages der Förderung des Landes NRW für die Baureifmachung und Erschließung des Stahlwerk Oberhausen / SWO-Geländes in Höhe von rund 6,1 Mio. Euro zuzüglich Zinsen erhoben hat. Die seit Jahren mit der Rechtsvertretung der OVP beauftragte Kanzlei Kapellmann und Partner vertritt Stadt und OVP. Die RAe Kapellmann haben mit Erfolgsaussicht Fristverlängerung für die Klageerwiderung vom 05.12. bis zum 19.12.2012 beantragt. Ein erster Termin für eine mündliche Verhandlung ist in ca. 9 Monaten zu erwarten. Im Rahmen der Beschlussfassung über die Drucksache B/15/1956-01, O.Vision Projektgesellschaft mbH (OVP), hier: Abschluss einer Patronatsvereinbarung, zwischen Stadt und OVP in der Sondersitzung des HFA am 26.03.2012 haben RAe Kapellmann ihre rechtliche Beurteilung des Rückforderungs-sachverhaltes ausführlich dargelegt.

Stadtv. Schranz verweist auf die Presseberichterstattung, der zu Folge die Verwaltung ein Obsiegen im Rechtsstreit erwarte. Er fragt an, ob die Veräußerung an einen privaten Käufer grundsätzlich als förderschädlich zu beurteilen sei und welche Gründe für die Zuversicht der Verwaltung bestünden.

Beig. Motschull erklärt, weder er noch der Bereich 4-6 / Recht hätten sich gegenüber der Presse geäußert. RAe Kapellmann beurteilten die Verkäufe an EAI (Euro Auctions Immobilien GmbH) als nicht förderschädlich für die OVP. Wegen der Bürgschaft der Stadt könne die rechtliche Einschätzung diesbezüglich ggf. abweichen.

Haupt- und Finanzausschuss nimmt den mündlichen Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2.2. Sachstand Stadtentwicklungsprojekte

OB Wehling stellt fest, dass keine neuen Sachstände vorliegen.

2.3. Personal- und Organisationsbericht 3. Quartal 2012 Vorlage: M/15/2331-01

Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2.4. Haushaltssanierungsplan 2012 (Kulturförderabgabe,

Straßenreinigungsgebühren, Hundesteuer, Vergnügungssteuer - Besteuerung der Prostitution -)
Vorlage: M/15/2350-01

Stadtv. Schranz bittet um folgende Erläuterungen: Angabe der Beträge, auf die als potenzielle Gebühren- oder Steuereinnahmen verzichtet wird; Angabe der geplanten Kompensation durch andere finanzwirtschaftliche Maßnahmen; Erklärung, ob zur Hundesteuer eine erneute Beschlussfassung des Rates angezeigt sein könnte.

Stadtkämmerer und Beig. Tsalastras gibt an, es werde in Abstimmung mit der Kommunalaufsicht bei der Bezirksregierung Düsseldorf im Rahmen des HSP 2013 eine Anpassung zur Kompensation von Mindereinnahmen vorgenommen. Ferner prüfe die Verwaltung den Mehraufwand, der durch eine größere Verbreitung des Oberhausen-Passes im Kreis der Anspruchsberechtigten anfiele. Daraufhin werde die Verwaltung erneut berichten und einen Verfahrensvorschlag unterbreiten.

Stadtv. Große Brömer benennt als Ziel des Oberhausen-Passes bei seiner Einführung die Einrichtung einer zentralen Prüfstelle für die Sozialverträglichkeit von Gebühren o. ä. . Er befürworte die vom Kämmerer zugesagte Prüfung und bittet dabei insbesondere um die vergleichende Prüfung des Personalaufwandes.

Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2.5. 2. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gem. § 83 (2) Satz 1 GO NRW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2012
Vorlage: M/15/2374-01

Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2.6. Einführung eines Zentralen Vertragsmanagements
Hier: Sachstand zur Umsetzung der Einführung eines Vertragsmanagements
Vorlage: M/15/2370-01

Stadtv. Schranz bemängelt, dass 13 Monate nach Beschluss über die Anforderung der Software durch Bereich 4-6 / Recht noch kein Ergebnis zur praktischen Umsetzung des zentralen Vertragsmanagements vorgelegen habe.

Beig. Motschull erklärt, die intensive Prüfung der Eignung von in Frage kommenden Software-Lösungen habe längere Zeit in Anspruch genommen.

Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2.7. Produktbereich 15 Wirtschaft und Tourismus
hier: Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
Vorlage: M/15/2326-01

Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2.8. Beteiligungsbericht 2011
Vorlage: M/15/2380-01

Frau Stadtv. Müthing fragt an, ob neue Erkenntnisse über den Stand der Prüfung von Müllgebühren in Oberhausen durch die Preisprüfstelle bei der Bezirksregierung Düsseldorf vorlägen.

Beig. Motschull verneint dies; es liege bislang kein Ergebnis vor.

Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

3. Vorberatungen

3.1. Übertragung von Ratssitzungen ins Internet einschließlich Einsatz eines Gebärdendolmetschers / einer Gebärdendolmetscherin
Vorlage: B/15/2372-01

Stadtv. Benter zeigt sich überrascht über die abwartend-prüfende Haltung der Verwaltung angesichts des einstimmigen Ratsauftrags zur Prüfung und fragt die Einzelkosten für das Gebärden-Dolmetschen nach.

Stadtv. Große Brömer äußert seine Verwunderung über höhere Kosten bei der internen als der externen Erbringung der Live-Übertragung. Er befürwortet eine erneute Diskussion nach der Recherche der Handhabung durch andere Kommunen. Der Bedarf an praktischen Maßnahmen zur Sicherung von Barrierefreiheit sei auch für weitere Gremien, insbesondere in Bezug auf den Beirat für Menschen mit Behinderung und für Schwerhörige, zu prüfen. Die rechtliche Zulässigkeit der Speicherung von Live-Streams sei ebenfalls zu gewährleisten. Für seine Fraktion gelte das Ziel hoher Transparenz.

Stadtv. Runkler gewinnt den Eindruck, für die Verwaltung stünden die Kosten im Fokus der Beurteilung. Demgegenüber befürwortet er die Maßnahme als mit angemessenen Demokratiekosten verbunden.

Stadtv. Karacelik bezeichnet zusätzliche Kosten als unvermeidlich und befürwortet eine Umsetzung als Einstieg in die erhöhte Transparenz politischer Abläufe.

Stadtv. Nagels informiert, dass im Beirat für Menschen mit Behinderung bei Bedarf stets eine Gebärdendolmetscherin anwesend sei. Für ihn stelle sich nicht die Frage nach dem ob, sondern nach dem wann und wie der Umsetzung der geprüften Maßnahme.

Frau Stadtv. Wittmann beurteilt den Prüfgegenstand als Beitrag zu einem Prozess zu mehr Transparenz im Kontext mit der fortschreitenden Nutzung neuer Medien. Die Grüne-Ratsfraktion befürworte und nutze diese Möglichkeiten. Frau Stadtv. Wittmann spricht sich für eine Entscheidung nach Genehmigung des HSP 2012 durch die Kommunalaufsicht sowie nach Klärung der offenen Fragen aus.

Dezernent Schmidt antwortet, die Kosten für einen zweistündigen Einsatz eines Gebärden-Dolmetschers betrügen je Sitzung 320 Euro, bei 8 Ratssitzungen 2.560 Euro jährlich. Die Kosten bei Erbringung der Leistung Live-Stream durch die OGM fielen höher aus wegen des Bedarfs an einer Anschaffung und nachfolgenden Abschreibung der technischen Ausstattung. Während eine Live-Übertragung rechtlich nicht bedenklich sei, erfordere die Speicherung eine Zustimmung der beteiligten Mitglieder von Rat und Verwaltung. Im Ruhrgebiet befänden sich derzeit nur die Städte Bottrop und Essen im Umsetzungsprozess von Live-Übertragungen.

OB Wehling stellt fest, die Verwaltung werde einen ergänzten Sach- und Prüfungsstand im Frühjahr 2013 zur Kenntnis bringen.

Haupt- und Finanzausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache Nr. B/15/2372-01 einstimmig zustimmend vorberaten.

Auftrag-Nr.	Haupt- und Finanzausschuss - 12.11.2012 - 1
Inhalt	Vorlage eines aktuellen Sachberichtes zur Übertragung von Ratssitzungen
Dezernat	0 / Verwaltungsführung; Bereich 0-1 / Stadtkanzlei
Termin	Frühjahr 2013

3.2. Haushaltssanierungsplan für die Haushaltsjahre 2012 ff. Vorlage: B/15/2364-01

Stadtv. Schranz weist darauf hin, dass sich bei der Veränderung von Zahlenwerten eine mangelnde Nachvollziehbarkeit der Verschlechterung um ca. 15 Mio. Euro und damit einhergehend für seine Fraktion keine Zustimmungsfähigkeit zu Aussagen der Verwaltung zum HSP einstelle. Das Erfordernis, Beschlussfassungen nachzujustieren, sei unabweislich; dass dies jedoch noch vor Beginn der Umsetzung des HSP 2012 bereits zum dritten Mal erfolge, sei unbefriedigend.

Stadtv. Große Brömer beurteilt das HSP 2012 mit seiner intensiven Kommunikation der Genehmigungsfähigkeit mit der Kommunalaufsicht im positiven Sinne als eine „Trainingssituation“, die sich bei der Vereinfachung der Abläufe für die HSPe der Folgejahre bewähren werde. Bislang habe die Stadt diesen Belastungstest gut bewältigt. Er zeigt sich zufrieden mit der engen Kooperation zwischen den Dezernaten 0 und 1 sowie der Bezirksregierung. Positiv seien erhöhte Gewerbesteuereinnahmen zu bewerten. Das Begleitgremium des Rates sei beauftragt mit der Gewährleistung eines kontinuierlichen HSP-Arbeitsprozesses.

Stadtv. Runkler bezeichnet die vorgenommenen Veränderungen der Verwaltung vornehmlich als die unvermeidliche Reaktion auf fehlende Orientierungsdaten zur Finanzplanung und auf Veränderungen der staatlichen Einnahmen. Daher empfehle er Gelassenheit.

Stadtkämmerer und Beig. Tsalastras bestätigt den Eindruck, das bislang die Zusammenarbeit mit der Kommunalaufsicht noch nicht hinreichend eingespielt sei und sich daraus ein wenig unglückliche zeitliche Abläufe bis zur nunmehr in Aussicht gestellten Genehmigung des HSP 2012 ergeben hätten. So müsse der HSP 2013 vor der Genehmigung des HSP 2012 aufgestellt werden. In 2013 werde sich jedoch eine zeitliche Entzerrung einstellen.

Haupt- und Finanzausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache Nr. B/15/2364-01 gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Linke.Liste-Fraktion mit Mehrheit vorberaten.

3.3. Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 16 - Allgemeine Finanzwirtschaft - Vorlage: B/15/2343-01

Haupt- und Finanzausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache Nr. B/15/2343-01 einstimmig zustimmend vorberaten.

3.4. Energieversorgung Oberhausen AG (evo AG)/Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) hier: Beteiligung an der Energiegenossenschaft Handwerk Oberhausen eG Vorlage: B/15/2376-01

Nachfrage des **Stadtv. Paasch**: Sei die Beschäftigung eines hauptamtlichen Geschäftsführers durch die neue Genossenschaft geplant? Er bewerte deren Ziele sowie die Beteiligung von EVO und OGM als sehr positiv, halte jedoch die Besetzung von zwei der vier Aufsichtsratsmandate durch diese Unternehmen für überhöht.

Der Bereich 9-5 / Beteiligungsverwaltung wird die Frage bis zur Ratssitzung am 19.11.2012 beantworten.

Haupt- und Finanzausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache Nr. B/15/2376-01 einstimmig zustimmend vorberaten.

3.5. BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH (BFO) a) tlw. Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 19.03.2012, Drucks.-Nr. B/15/1851-01 b) Entscheidung über die Zukunft der BFO gGmbH Vorlage: B/15/2349-01

Stadtv. Schranz wirft die Frage auf, ob die Verwaltung vor Anfertigung der Drucksache zum Zeitpunkt der geplanten Auflösung der BFO noch keine Kenntnis von den Konsequenzen bezüglich der RZVK-Mitgliedschaft erlangt habe.

Stadtv. Runkler verweist auf die fortlaufende Information des Aufsichtsrates der BFO sowie des Sozialausschusses über sämtliche Fragen im Zusammenhang mit der vorgesehenen Auflösung der Gesellschaft sowie dem nunmehr neuen Sachstand.

Erster Beig. Frind informiert, dass bisher keine Beteiligung der Stadt mit RZVK-Mitgliedschaft aufgelöst worden sei und somit keine diesbezüglichen Erfahrungen vorlagen.

Stadtv. Karacelik erklärt, seine Fraktion stimme gegen den Antrag, da sie die Entwicklung der Beschäftigungsförderung insgesamt ablehne.

Haupt- und Finanzausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache Nr. B/15/2349-01 gegen die Stimme der Linke.Liste-Fraktion mit großer Mehrheit vorberaten.

3.6. OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH hier: Anpassung des Zuschusses für das Schul- und Vereinsschwimmen gemäß des Vertrages über die Leistungen der OGM im Bäderwesen Vorlage: B/15/2382-01

Stadtv. Schranz bezeichnet den Beschlussvorschlag der Zuschusserhöhung als „schlechten Scherz“ angesichts der Beschlusslage zum Bäderkonzept von 2006, den städtischen Zuschuss seiner Zeit von 3,775 auf 3,6 Mio. Euro jährlich nach Gesprächen mit der Kommunalaufsicht abzusenken. Die jetzt vorgeschlagene Erhöhung auf über 6 Mio. betrage 74 %, und dies trotz erfolgreicher Besucherzahlen des Aquaparks. Er stellt einen Zusammenhang her zwischen der signifikanten Erhöhung der Investitionssumme für den Aquapark von rund 12 auf rund 20 Mio. Euro und der aktuellen Wirtschaftlichkeit des Bäderbetriebes. Dies sei für seine Fraktion Anlass, die Kostenstruktur des Bäderwesens der OGM sowie das bisher positive Jahresergebnis zu hinterfragen. Der Beschlussvorschlag sei für seine Fraktion nicht nachvollziehbar angesichts der Durchgriffsmöglichkeit des Gesellschafters Stadt auf die einhundert-prozentige Tochter OGM.

Stadtv. Große Brömer verweist auf den Beschlussvorschlag, die Zahlung unter Vorbehalt zu leisten. Dies stehe im Zusammenhang mit dem aktuellen Gutachten und den derzeitigen Verhandlungen über die zukünftige Gestaltung der Leistungsvertragsbeziehungen zwischen der Stadt und der OGM. Er befürwortet weitere Verhandlungen, die zur intensiven Abwägung der jeweiligen Interessen von Stadt und OGM zu nutzen seien. Im Übrigen habe der Rat die erhöhten Investitionskosten für den Aquapark beschlossen, woraus sich eine Mitverantwortung ergebe. Dennoch teilt er die kritische Einschätzung zur wirtschaftlichen Abgrenzung des Freizeitschwimmens vom Schul- und Vereinsschwimmen nach dem Berechnungsverfahren der OGM. Vorrangig sind für seine Fraktion die Sicherstellung des Schul- und Vereinsschwimmens sowie die Erreichung einer plausiblen Kostenkalkulation für die weiteren Verhandlungen des Vertragswerkes zwischen Stadt und OGM.

Stadtv. Runkler beurteilt die Zielsetzung der OGM dahingehend, für sich das Beste „aus allen Welten“ anzustreben, so insbesondere finanzwirtschaftliche Lasten der Stadt zuzuweisen und den Ertrag der OGM über Verhandlungen mit der Stadt zu steigern. Er hinterfragt, ob die Konsequenz aus dieser Geschäftspolitik in der Rückgliederung der OGM in die Verwaltung bestehen solle.

Beig. Motschull vollzieht für die Verwaltung das geäußerte Unbehangen nach. Gemäß vertraglicher Regelungen im Zuge des Bäderkonzeptes erfolge für 2012 die automatische Anpassung auf der Grundlage der Selbstkostenfestlegung durch OGM. Der vorliegende Verfahrensvorschlag sei insofern pragmatisch, als dass er dem Erfordernis der OGM zur

Vorlage des Jahresabschlusses 2012 Rechnung trage, aber wegen des vorgenommenen Vorbehaltes zugleich keine Festlegung der Zahlung über 5 Jahre beinhalte. Ein Schiedsverfahren bei Uneinigkeit sei vertraglich nicht vorgesehen. Im Übrigen erfolge keine Verrechnung der Spartenbetriebsergebnisse der OGM bei der Ermittlung der Körperschaftssteuerpflicht der OGM.

Haupt- und Finanzausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache Nr. B/15/2382-01 gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und der FDP-Fraktion mit Mehrheit vorberaten.

3.7. Beschluss der Rahmenbestimmungen der Stadt Oberhausen zur Nutzung von Räumen im Informationszentrum Gedenkhalle der Stadt Oberhausen Vorlage: B/15/2290-01

Haupt- und Finanzausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache Nr. B/15/2290-01 einstimmig zustimmend vorberaten.

3.8. 2. Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Ludwig Galerie Schloss Oberhausen vom 02.03.2006 Vorlage: B/15/2278-02

OB Wehling gibt die Begründung für den Verzicht auf eine Vorberatung der Drucksache -02 im Kulturausschuss: In der 1. Version der Vorlage, die im Kulturausschuss am 25.09.2012 vorberaten wurde, fehlte in der neuen Entgeltordnung die Besuchergruppe „Schulklasse". Der Eintrittspreis für die Schülerinnen und Schüler im Klassenverband ist fälschlicherweise nicht mehr erfasst worden.

Die Änderung der Entgeltordnung wurde für den weiteren Beratungsgang schriftlich angepasst (neu: Punkt 1.4 Schüler/innen im Klassenverband zahlen 1,00 EUR). Die berichtigte Vorlage haben alle Gremienmitglieder rechtzeitig als "02-Version" zugeleitet bekommen.

Die Mitglieder des Kulturausschusses waren mit diesem Verfahren einverstanden. Die Beschlussvorlage für den Rat der Stadt wurde mit den gewünschten Änderungen einstimmig zustimmend vorberaten.

Stadtv. Karacelik bemängelt die Erhöhung des Eintritts für einzelne Ausstellungen von 1,50 Euro auf 6,50 Euro.

Stadtkämmerer und Beig. Tsalastras erläutert, dass kleine Wechselausstellungen bislang mit einem Eintrittspreis von 1,50 Euro belegt worden seien. Diese blieben zukünftig jedoch eintrittsfrei.

Haupt- und Finanzausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache Nr. B/15/2278-01 gegen die Stimme der Linke.Liste-Fraktion mit großer Mehrheit vorberaten.

3.9. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes für die Stadt Oberhausen aufgrund des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung von 10.02.1998, zuletzt geändert am 11.12.2007 (FSHG NRW) sowie Kenntnisnahme des Entwurfs des Rettungsdienstbedarfsplanes
Vorlage: B/15/2341-01

Dezernent Schmidt ergänzt, Personalrat und Gleichstellungsbeauftragte hätten inzwischen der Vorlage zugestimmt; fortgeführt würden Gespräche über die Auswirkungen auf die Leitstelle der Feuerwehr. Die 13 zusätzlichen Personalstellen befänden sich vornehmlich im Rettungsdienst. Diese würden über Gebühren refinanziert.

Stadtv. Runkler fragt an, ob die Stellenbesetzungen am Arbeitsmarkt möglich seien und ob der Beförderungsstau bei der Feuerwehr weiter abgebaut werde.

Stadtv. Schranz verweist auf die externe Organisationsuntersuchung der Feuerwehr und fragt an, welche darin vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt würden.

Dezernent Schmidt erinnert daran, dass bei der Feuerwehr lange keine Beförderungen stattgefunden hätten, jedoch 2011 fast 60 Beförderungen bei der Stadt durchgeführt werden konnten und davon wiederum zwei Drittel bei der Feuerwehr. In wenigen Einzelfällen habe die Kommunalaufsicht Beförderungen abgelehnt, die zur Wirksamkeit bei den Versorgungsbezügen beigetragen hätten. Die Feuerwehr verstärke die Aktivitäten zur eigenen Ausbildung angesichts des vermehrten Wettbewerbs in der Region um Dienstkräfte der Feuerwehren. Nach Genehmigung des HSP 2012 seien weitere Beförderungen bei der Feuerwehr geplant. Das dafür heranzuziehende Kriterienmodell befinde sich in der Abstimmung mit dem Personalrat.

Beig. Motschull benennt, dass der Beschluss über den Brandschutz- wie den Rettungsdienstbedarfsplan die Grundlage bilde für die Umsetzung sämtlicher Gutachterempfehlungen, so beispielsweise die Maßnahmen in Bezug auf Krankentransporte und Rettungsdienste.

OB Wehling sagt die weitere Berichterstattung der Verwaltung über die weitere Entwicklung zu.

Auf Nachfrage von **Frau Stadtv. Müthing** ergänzt **Beig. Motschull**, dem Rat werde zum 17.12.2012 ein weiterer Bericht über die Verfolgung der Gutachterempfehlungen vorgelegt. Einzelne Fragestellungen könnten erst nach Beschluss der beiden Pläne konkretisiert und abschließend behandelt werden.

Haupt- und Finanzausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache Nr. B/15/2341-01 einstimmig zustimmend vorberaten.

3.10. Nutzungs- und Entgeltordnung für die Sportanlagen der Stadt Oberhausen (Maßnahmeliste zum Haushaltsanierungsplan 2012 ff., lfd. Nr. 117)
Vorlage: B/15/2339-01

Haupt- und Finanzausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache Nr. B/15/2339-01 gegen die Stimme der Linke.Liste-Fraktion mit großer Mehrheit vorberaten.

3.11. Änderung der Abfallsatzung der Stadt Oberhausen vom 15.12.2010 Vorlage: B/15/2348-01

Auf Nachfrage von **Stadtv. Schranz** nach der konkreten Ausgestaltung einer Änderung der Sperrmüllabfuhr erläutert Frau **Beig. Lauxen**, zunächst erfolge ausschließlich die Anpassung an geändertes Bundesrecht. Es schließe sich die Erarbeitung von Vorschlägen für das System der Sperrmüllabfuhr in Oberhausen an.

Haupt- und Finanzausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache Nr. B/15/2348-01 einstimmig zustimmend vorberaten.

Ende des öffentlichen Teils: 16.28 Uhr

Oberbürgermeister Schriftführer